

**RM Homfeldt** erklärt, dass es Ziel der Resolution sein soll, die Polizeiarbeit in der gesamten Region - insbesondere im Bereich des Polizeikommissariats Jever - nachhaltig zu stärken. Die CDU-Fraktion hat sich seit eineinhalb Jahren mit diesem Thema auseinandergesetzt und sich in mindestens sechs verschiedenen Veranstaltungen erklären lassen, wie die Polizeiarbeit funktioniert bzw. manchmal auch nur unter größten Mühen funktionieren kann. In Gesprächen mit von Kriminalität betroffenen Bürger/-innen aus Schortens und auch aus dem Umfeld der Polizei wurde der CDU-Fraktion gegenüber der Wunsch nach mehr Unterstützung geäußert.

Die CDU-Fraktion hat in der Resolution bewusst auf die Veröffentlichung von Statistiken verzichtet, da über die Entwicklung der „Einbruchdiebstähle“ und der „Drogenkriminalität“ in den letzten Monaten immer wieder in den Zeitungen berichtet wurde. RM Homfeldt weist darauf hin, dass die Zahl der Einbruchdiebstähle leicht zugenommen hat. Jedoch habe man auch lesen können – und das gehöre zur Wahrheit dazu -, dass es dem Bereich Friesland noch relativ gut gehe. Der CDU-Fraktion reiche es jedoch nicht aus, sich darauf zurückzuziehen, dass es woanders noch schlimmer sei. Aufgrund der erwähnten Gespräche mit Bürger/-innen und Vertretern der Polizei hält die CDU-Fraktion eine Unterstützung der Polizeibeamtinnen und -beamten in der Region für zwingend erforderlich. Und dies, so RM Homfeldt, habe auch was mit der Personalstärke und der bestehenden großen Belastung durch die hohen Fallzahlen zu tun, die viel Schreibtischarbeit erfordern, was zu Lasten der geforderten Präsenz gehe. Auch sei zu berücksichtigen, dass sich die Aufgaben der Polizei verändert haben. All das führe zu einer überhöhten Belastung, der man Rechnung tragen müsse.

Die CDU-Fraktion möchte mit der Resolution signalisieren, dass die Sorgen und Nöte der Bürgerinnen und Bürger ernst genommen und die Belastung der Polizeiarbeit in der Region wahrgenommen werden. RM Homfeldt bittet die Ratsmitglieder, diese Resolution zu unterstützen, mit der die Landesregierung aufgefordert werden soll, diesen Zustand zeitnah zu ändern.

**RM Borkenstein** unterstreicht, dass er - und sicherlich auch alle anderen Ratsmitglieder - das Sicherheitsbedürfnis der Bürgerinnen und Bürger sehr ernst nehmen. Das meiste der Ausführungen des RM Homfeldt kann er unterstützen.

Weiter führt er aus, dass auch die SPD-FDP-Gruppe mehrere Veranstaltungen zu diesem Thema durchgeführt hat und er bestätigt, dass in der Region Bedarf besteht, dass eine oder andere zum Positiven hin für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zu verändern.

Der Resolutionsentwurf habe jedoch erstmalig vor drei Tagen vorgelegen, so dass sich seine Gruppe erst in der Gruppensitzung am Montag damit befassen konnte. Da seine Gruppe Änderungswünsche hat, hat er Herrn Homfeldt heute Morgen darum gebeten, den Tagesordnungspunkt bis zur Ratssitzung im Juni zu vertagen, um bis dahin einen gemeinsamen Konsens zu finden.

RM Borkenstein betont, auch die SPD-FDP-Gruppe es für wichtig hält, dieses Signal zu setzen, jedoch sollte dies nicht übereilt und mit großer Mehrheit gesetzt werden. Er bittet daher um Verständnis, dass die SPD-FDP-Gruppe der Resolution heute nicht zustimmen wird.

**RM Herckelrath** teilt mit, dass die UWG-Fraktion den Resolutionsantrag der CDU-Fraktion unterstützt.

Zur Begründung geht er näher auf die derzeitige Situation und Belastung der Polizei ein. Dem Polizeikommissariat Jever stehen für 55.000 Einwohner/-innen 80 Mitarbeiter/-innen zur Verfügung. Die Stadt Schortens mit ihren 12 Stadtteilen und mehr als 20.500 Einwohnern/Einwohnerinnen ist die größte Stadt im Polizeikommissariat Jever. Es stehen aber nur acht Mitarbeiter für die Polizeidienststelle in Schortens zur Verfügung. Das sind gerade einmal 10 % der Gesamtstärke des Polizeikommissariats Jever. Vor sechs bis zehn Jahren bestand die personelle Besetzung in Schortens noch aus 12 Mitarbeitern. Aufgrund der Personalreduzierung wurde seinerzeit das Aufgabenfeld eingeschränkt und Teilgebiete wurden von Jever übernommen. Er weist darauf hin, dass das damals bestehende Aufgabengebiet der Polizei inzwischen deutlich umfangreicher geworden ist, u. a. auch durch Cyber-Kriminalität in vielfältigen Formen sowie Rockerkriminalität und Islamismus.

Die Polizeianwärterzahlen seien im letzten Jahr in Niedersachsen zwar erhöht worden, aufgrund der dreijährigen Ausbildungszeit würden die Beamten jedoch erst in drei Jahren zur Verfügung stehen. Dennoch reiche die Gesamtzahl der zusätzlichen Einstellungen in Niedersachsen bei Weitem nicht aus. In diesem Zusammenhang geht RM Herckelrath näher auf die Problematik bei längeren personelle Ausfallzeiten – u. a. durch Krankheit, Schwangerschaften, Inanspruchnahme von Elternzeit durch Väter oder Mütter - ein, durch die für das verbleibende Personal aufgrund des fehlenden Personalausgleichs eine erhöhte Belastung entsteht. Ausführlich erläutert RM Herckelrath die vielfältigen Aufgaben und Tätigkeiten der Polizeibeamten in Schortens. Er unterstreicht, dass es den Mitarbeitern aufgrund des bestehenden Arbeitsumfanges und der damit einhergehenden Belastung nicht möglich ist, weitere Dienste wie etwa die so wichtige bürgernahe Präsenz durch Fußstreifen oder Präventionstätigkeiten allgemeiner Art wahrzunehmen. Allein aus diesen Gründen befürwortet die UWG-Fraktion uneingeschränkt den Resolutionsantrag der CDU.

**RM Ottens** erklärt, dass sich die Fraktion „BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN“ einer Resolution zu diesem Thema nicht anschließen kann, da sie diese als Symbolpolitik betrachtet, weil kein Einfluss auf die Landesregierung besteht.

Er verweist in diesem Zusammenhang auf die Kriminalstatistik und die gestrigen Zeitungsberichte, wonach die Stadt Wilhelmshaven bezogen auf 100.000 Einwohner/-innen den Platz 1 der Gewaltverbrechenstädte belegt. Er würde es als richtig empfinden, wenn diese Stadt mehr Polizeipräsenz einfordern würde. Bei einem Vergleich der Kriminalstatistiken für die Stadt Wilhelmshaven und für das Jeverland könne man – bei allem Respekt vor den besorgten Bürger/-innen – sagen, dass man in Schortens noch ein Stück auf der Insel der Glückseeligen lebt. Von daher stellt die Resolution nach Ansicht seiner Fraktion nicht mehr als Symbolpolitik und vorweggenommenen Landtagswahlkampf dar, den sie nicht unterstützen wird.

**RM Just** erklärt, dass die WFF-Fraktion die Sache ebenfalls noch einmal in Ruhe besprechen möchte und daher den Vorschlag der SPD-FDP-Gruppe unterstützt.

Nach Ansicht der WFF-Fraktion ist der Resolutionsentwurf der CDU zu allgemein gehalten, da Fakten – wie von RM Herckelrath vorgetragen – fehlen und herüber erstmals in der heutigen Sitzung beraten wird. Aufgrund der vorangegangenen Ausführungen ist RM Just der Ansicht, dass man sich durchaus mit der Arbeit der Polizei, aber auch mit anderen konkreten Baustellen wie „Prävention Drogenkriminalität“, „Prävention Einbruchdiebstahl“ sowie „Gewaltkriminalität vor Diskotheken“, die durch Polizeipräsenz vermutlich reduziert werden könnte, befassen sollte. Daraus könne man dann konkrete Schlüsse ziehen, Forderungen aufstellen und möglicherweise auch eine Resolution verfassen.

Da die Zahl der Einbruchdiebstähle und der Anstieg der Drogenkriminalität hier in Friesland jedoch verhältnismäßig gering sind und sich die Kriminalitätsrate auf dem niedrigsten Stand seit neun Jahren befindet, stimmt er RM Ottens zu, dass man in Schortens in einer der sichersten Orte in Deutschland lebt. Hierzu geht er ausführlich auf die Kriminalitätsrate ein, die in Schortens mit 4,9 % unter dem Bundes- und Landesschnitt liegt.

RM Just teilt abschließend mit, dass sich der Rat mit dieser Materie nicht vorbereitend beschäftigen konnte und seine Fraktion die Resolution ablehnen muss, da der Rat nur etwas einfordern sollte, worüber alle Ratsmitglieder informiert wurden.

Von einer „Insel der Glückseligen“ zu sprechen hält **RM Homfeldt** für einen Affront all denjenigen gegenüber, die sich nachts und abends nicht mehr allein über die Straße zu laufen trauen und die Opfer von Kriminalität geworden sind. Er bestätigt, dass der Rat nicht über die personelle Besetzung der Polizei entscheiden kann, jedoch könne er deutlich machen, dass er mit der derzeitigen Situation nicht einverstanden sei.

Zum Redebeitrag des RM Borkenstein bemerkt RM Homfeldt, dass die Unterlagen seit vergangenen Freitag zur Verfügung standen und der SPD-FDP-Gruppe ein gemeinsamer Gesprächstermin am heutigen Nachmittag angeboten wurde. Zudem werde über dieses Thema seit eineinhalb Jahren gesprochen und irgendwann, so RM Homfeldt, müsse man vom Reden zum Tun und Machen kommen, weil die Bürgerinnen und Bürger die Ratsmitglieder sonst irgendwann zu Recht nicht mehr ernst nehmen würden. Und die Beamtinnen und Beamten bräuchten diese Unterstützung, um ihren wirklich schweren Job machen zu können. Daher möchte die CDU-Fraktion heute darüber abstimmen.

**BM Böhling** teilt mit, dass er sich sowohl beim Neujahrsempfang als auch in dem traditionell am Anfang eines Jahres stattfindenden Gespräch mit dem Leiter des Polizeikommissariats Jever und dem Leiter der Polizeistation Schortens ausdrücklich für die gute Polizeiarbeit bedankt hat. In dem Gespräch mit der Polizei hat BM Böhling u. a. erfahren, dass die Polizeistation Schortens entsprechend der Richtlinie des Landes ausgestattet ist und der Krankenstand vor Jahren wesentlich höher war als heute. Gleichwohl sei es aber natürlich besser, wenn die Station personell noch besser ausgestattet wäre, jedoch müsste dies dann im gesamten Land geschehen. Daher hat er Zweifel, dass diese Forderung so umsetzbar ist, zumal die Anzahl der Ausbildungen – wie von RM Herckelrath berichtet – zugenommen hat.

Aufgrund des bestehenden Sicherheitsbedürfnisses der Bürgerinnen und Bürger und um den Wunsch nach mehr Polizeipräsenz hier im Ort zu entsprechen, werden ab

dem Monat Mai gemeinsame Streifen zwischen uniformierten Polizisten und dem Ordnungsamt durchgeführt. Zunächst zwei Mal im Monat, aber auch nach Bedarf.

BM Böhling berichtet über den diesjährigen „Sicherheitstag“, an dem der Polizeichef, die Leiter/-innen der Polizeistationen, die Bürgermeister/-innen und der Landrat teilgenommen haben. In diesem jährlichen Termin wird u. a. der Verlauf der Kriminalstatistik dargestellt und BM Böhling kann nur unterstreichen, dass diese in Friesland sehr niedrig und damit sehr gut ist. Dabei dürfe man nicht verkennen, so BM Böhling, dass jede einzelne Straftat eines Täters gesondert aufgelistet wird. Die Aufklärungsquote in Friesland sei darüber hinaus insgesamt sehr hoch und man könne stolz sein auf die Polizei.

BM Böhling sieht eine Resolution vom Grundsatz her kritisch. Er erinnert an die vor Jahren beschlossene Resolution zur Förderung von Drittkräften in Krippen. Die Verwaltung habe auf diese Resolution seinerzeit keine Antwort - nicht einmal eine Eingangsbestätigung - vom Kultusministerium erhalten. Daran könne man erkennen, wie Resolutionen wahrgenommen werden.

**RM Borkenstein** erklärt zum Hinweis von RM Homfeldt, dass gemeinsame Beratungen montags in den Gruppensitzungen stattfinden und es der Sache nicht gerecht werden würde, eine Resolution – wie angeboten - gemeinsam mit 20 Personen eine Stunde vor Beginn der Ratssitzung zu ändern, da man dafür Ruhe benötige.

**RV Buß** lässt anschließend über den Antrag der CDU-Fraktion abstimmen.